

Bern, den 12. Februar 1991

World Economic Forum Davos 1991
Bericht über das "Informal Gathering of World Economic Leaders"

Anlässlich der diesjährigen Tagung fiel auf, dass zahlreiche Besucher aus Japan, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika fehlten. Dagegen war die Vertretung von West- und Osteuropa ausserordentlich reich und gewichtig (vgl. beiliegende Teilnehmerliste). Die an vier je dreistündigen Sitzungen in Plenar- oder Gruppenversammlungen behandelten Themen stammten aus folgenden Bereichen:

1. Weltwirtschaft und Finanzen
2. Lage in der Sowjetunion
3. Ost- und zentraleuropäische Staaten
4. Uruguay-Runde des GATT
5. Entwicklungsländer
6. Ausblick und Visionen 1992 (Davos und Rio de Janeiro)

1. Weltwirtschaft und Finanzen

Zusammengefasst von Raymond Barre, Jacob Frenkel und Jean-Claude Paye.

In der heutigen Weltwirtschaft dürfen keine zu kurzfristigen oder hastigen Konklusionen gezogen werden. Die Weltwirtschaft ist heute so diversifiziert und nicht mehr so übermässig auf die USA ausgerichtet, dass eine Rezession in diesem Land nicht notwendigerweise die Wirtschaftslage in Europa oder Japan merklich beeinflussen wird. Hinsichtlich der Konjunkturlage in den USA liege das Hauptproblem darin, die Amplituden der Rezession zu bestimmen. Dies sei besonders schwierig, weil ja die statistischen Ergebnisse jeweils eine verflossene Periode widerspiegeln. Barre und Frenkel vertreten die Auffassung, dass die Rezession in den USA nicht so ausgeprägt ausfallen wird, wie dies allgemein angenommen wird.

Die gleiche Feststellung hinsichtlich der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen den drei grossen Wirtschaftspartnern USA, Europa und Japan gelte auch für den Kapitalmarkt. In den USA dürfte ein Engpass für die Kapitalbeschaffung bestehen - die USA benötigten eine Atempause - dies sei jedoch nicht unbedingt der Fall für Europa und Japan.

Für alle Wirtschaften gelte es, den Strukturanpassungen weiterhin vollste Aufmerksamkeit zu schenken. Die Stichworte hierfür lauteten: Wachsamkeit, Umsicht und Bestimmtheit.

Was die spezifische Frage der wirtschaftlichen Auswirkungen der Golfkrise betrifft, so wurde generell die Auffassung vertreten, dass entgegen der enormen politischen Tragweite die weltwirtschaftlichen Folgen gering und verdaubar seien. Diese Aussage beruht allerdings auf der Annahme, dass die Erdölpreise weiterhin mässig bleiben und die psychologischen Auswirkungen auf das Verhalten der Konsumenten und

- 2 -

Investoren nicht eine übertriebene Intensität annehmen. Diese Einschätzung geht ferner davon aus, dass die Dauer des Krieges vier bis sechs Monate nicht übersteigen dürfe.

2. Lage in der Sowjetunion

Raymond Barre: die Entwicklung ist völlig unvorhersehbar. Die demokratischen Kräfte sind weiterhin am Werk. Es gilt, weitere Abrutscher nach rechts zu vermeiden. Der Prozess des Uebergangs ist notwendigerweise nicht leicht und langwierig. Dies insbesondere deshalb, weil die Grösse der Union unermesslich sei und diese sich aus zahlreichen Nationalitäten zusammensetze. Soll von aussen eingewirkt werden? Barre hält dies für kontraproduktiv. Die Wirtschaftshilfe sollte, gestützt auf feste Prinzipien, auf die von den Hilfspendern vorgegebenen Zielgrössen ausgerichtet werden. Strukturanpassungen sind dementsprechend zu provozieren. Humanitäre Hilfe sei auf diejenigen Kreise zu beschränken, die diese dringend benötigten. Die Deregulierung und Privatisierung haben ein Mindestmass anzunehmen, das über der sogenannten kritischen Grösse liegen muss.

Bogomolov malt ein äusserst besorgniserregendes Bild der Sowjetunion. Der Lebensstandard habe sich drastisch reduziert bei einem gleichzeitigen dreifachen Preisanstieg. Die politische Gegenreaktion habe sich entsprechend bemerkbar gemacht und niemand wisse, zu was sich die UdSSR entwickeln werde. Bogomolov sieht vier Möglichkeiten:

- eine Union wie bisher,
- eine Konföderation,
- eine Förderation oder
- ein Commonwealth.

Diese Staatsformen könnten sich entweder auf das verbesserte alte System oder ein völlig neues System abstützen. Angesichts der sehr tiefen Krise, die einem faktischen Kollaps nahekomme, stellt sich die Frage, wie der Westen zu reagieren habe. Sollte er die Politik von Präsident Gorbatschow weiterhin unterstützen und ermutigen?

Bogomolov ist in seiner Aussage sehr direkt, wenn er erklärt, ein obsoletes politisches System verdiene keinerlei Unterstützung. Reformistische Kräfte sollten mit Direktinvestitionen und technischer Zusammenarbeit ermutigt werden. Ganz eindrücklich lautet die These von Bogomolov "promise now, but give later once the conditionalities are fulfilled".

Thalwitz: Es besteht wenig Transparenz über das, was wirklich vor sich geht. Unübersehbar ist jedoch der scharfe Rutsch nach rechts unter dem Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes. Gorbatschow wurde gezwungen, diesen Weg zu wählen. Die für das Schlamassel verantwortlichen Gründe lassen sich auf zwei Nenner bringen:

1. Die Ineffizienz des gegenwärtigen Systems, das zur Destabilisierung führen musste,

2. der Wille, die Union als Einheit zu erhalten.

Die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion ist ausser Kontrolle geraten, dementsprechend unübersichtlich ist das Durcheinander. Der Verlust der Vorausssehbarkeit wirkt sich sowohl in internen wie in externen Bereichen aus. Die Krise muss intern bereinigt werden, doch sind Auswirkungen auf den Aussenbereich, insbesondere Wanderbewegungen im Zentrum der Besorgnisse. Hauptfrage ist: Wird die Union bestehen bleiben? Einem wirtschaftlichen Umbruch, der in zwei bis drei Jahren stattfinden kann, muss eine Revision des politischen Systems vorausgehen. Ein KGB-Regime ist unvereinbar mit einer Marktwirtschaft.

Im gleichen Sinne äusserten sich Aganbegyan, Shmelyov, Sobchak (Stadtpräsident von Leningrad) und Volsky (alle sind Reformer).

In der Diskussion, ob die Sowjetunion in den Genuss von westlicher Wirtschaftshilfe gelangen sollte, gingen die Meinungen stark auseinander. Während gewisse Sprecher die Auffassung vertraten, dass ohne westliche Hilfe die Migrationsströme in den Westen ausgelöst würden, vertraten andere die Meinung, dass, solange Gorbatschow in den Händen der KGB und der Armeeführung sei und dementsprechend keinen internen Manövrierraum habe, von einer Finanzhilfe abgesehen werden sollte. Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, dass, wie immer auch die Entwicklungen in der Sowjetunion laufen werden, diese keinen Druck auf die früheren Satellitenstaaten ausüben dürfe, um auch deren Entwicklung nicht zu einer Umkehr zu veranlassen. Vielfach wurde die Ansicht geäussert, dass die Hilfe nicht an die Union, sondern an die Teilrepubliken gehen sollte und innerhalb der letzteren spezifisch zuzuschneiden sei auf privatisierte Unternehmen. Dass humanitäre Hilfe, sofern benötigt, geleistet werden sollte, war unbestritten. Vielfach wurden für die gegenwärtige UdSSR Vergleiche mit dem Polen der ersten achtziger Jahre gezogen, als Jaruzelski mit Kriegsrecht regierte. Man schloss nicht aus, dass Gorbatschow sich in eine ähnliche Richtung bewege. Hinsichtlich der zukünftigen Sowjetunion hörte man oft die Meinung, dass eine aus den Republiken Russland, Ukraine, Weissrussland und Kasachstan bestehende Union eine wahrscheinliche und vertretbare Lösung wäre, die den geringsten Destabilisierungen ausgesetzt wäre.

3. Ost- und zentraleuropäische Staaten

Raymond Barre zieht drei Hauptlehren aus der Diskussion:

- a) die Absorptionskapazität der westlichen Hilfe ist in den Empfängerstaaten stark beschränkt;
- b) Der Deregulierung und der Privatisierung kommen erstrangige Bedeutung zu.
- c) Bei der Verwirklichung der Wirtschaftsreformen darf die Zahl derjenigen, die daraus einen Verlust machen, nicht grösser werden, als die Zahl derjenigen, die davon profitieren. Trifft dies zu, so kann die politische Stabilität nicht gewahrt bleiben.

- 4 -

Vaclav Klaus hatte die undankbare Aufgabe, in einer Gruppendiskussion, welche Ministerpräsidenten und Minister sämtlicher zentral- und osteuropäischer Staaten zusammenbrachte, Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies war nicht möglich, weil zwischen den osteuropäischen Staaten einerseits und den mitteleuropäischen Staaten andererseits kein Konsensus erzielt werden konnte. Immerhin einigte man sich darauf, dass es vier entscheidende Voraussetzungen gebe:

- a) die internen Vorbedingungen
- b) die externen Vorbedingungen
- c) die zeitliche Abfolge ("sequency")
- d) eine zeitliche und substantielle Synchronisierung der früheren Satellitenstaaten.

Bei den internen Vorbedingungen bestehen vier hauptsächliche Elemente:

- a) Privatisierung
- b) Freigabe der Preise
- c) Währungskonvertibilität
- d) eine gesunde marktwirtschaftliche Politik ("the market is the best educator").

Hinsichtlich der politischen Voraussetzungen gehe es darum, ähnlich wie wir dies bei der schweizerischen Osthilfe zur Anwendung bringen, festzustellen, ob der Demokratisierungsprozess mit freien und fairen Wahlen, einem Mehrparteiensystem und der Respektierung der Menschenrechte in einem Rechtsstaat vollzogen ist. Klaus unterstreicht die Bedeutung der Absorptionskapazität mit dem Hinweis darauf, dass seine wenigen Beamten, die Fremdsprachen beherrschen, praktisch permanent durch den Besuch ausländischer Delegationen in Beschlag genommen werden, so dass sie ihre ureigenen Aufgaben überhaupt nicht ausführen könnten.

Die Frage, ob politische Bedingungen als Voraussetzung für die Wirtschaftshilfe gesetzt werden sollen, war Gegenstand einer sehr bewegten Diskussion. Mit den Sprechern der drei mitteleuropäischen Staaten (Kadar, Klaus und Bielecki) sprachen sich neben mir insbesondere auch Ellemann-Jensen und gewisse sowjetische Wirtschaftsspezialisten dafür aus. Die Sprecher für Osteuropa (Roman, Popov und Nano) traten verständlicherweise dieser Auffassung entgegen. Einen Mittelweg, dem auch wir zustimmen können, schlug der Exekutivsekretär der ECE, Hinteregger, vor, der eine Differenzierung zwischen humanitärer Hilfe und technischer Unterstützung einerseits und Wirtschafts- und Finanzhilfe andererseits macht.

Mit besonderer Insistenz wiesen die drei mitteleuropäischen Vertreter daraufhin, dass in der Folge der schockartigen Ueberführung ihrer Wirtschaft in ein marktwirtschaftliches System die Bevölkerung durch schwierige Zeiten gehen müsse. Insbesondere wurde hervorgehoben, dass diese Länder als Folge ihrer gewaltigen strukturellen Anpassungen in den nächsten Jahren über keinerlei Wirtschaftswachstum verfügen würden, was die Dinge noch schwieriger mache. Zuwachsraten des Wirtschaftswachstums würden erst dann wieder kommen, wenn mittlere und kleinere Unternehmen bestehen, Direktinvestitionen vorgenommen werden und das Land sich einer gesunden Wirtschaftspolitik befleißige.

4. Uruguay-Runde des GATT

Generaldirektor Dunkel machte folgende Ausführungen zum letzten Stand (3. Februar 1991) der Gespräche im GATT:

1. Alle Teilnehmer sind weiterhin stark an einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen interessiert.
2. Die Tendenz gewisser Unterhändler (vor allem Europas), ständig an die Presse zu gelangen, helfe der Verhandlung in keiner Weise, sondern schade ihr vielmehr.
3. Seit der Eröffnung der Uruguay-Runde habe sich die Welt weiterentwickelt, so dass die damaligen Ausgangsbedingungen heute nicht mehr gelten können.
4. Die von der EG-Kommission gemachten Vorschläge für eine drastische Aenderung der gemeinsamen Agrarpolitik könnten die Verhandlungen vorantreiben. Immerhin hat man angesichts der Schwerfälligkeit der Gemeinschaft Bedenken, ob diese Vorschläge für die Uruguay-Runde zeitgerecht verabschiedet werden können.
5. Die USA beabsichtigen, die Ende Februar auslaufende Ratifikations-Prozedur des "fast track" zu verlängern. Hierfür habe der Kongress 90 Tage Zeit. Der Kongress wäre jedoch nur bereit, einer solchen Operation zuzustimmen, wenn sich bis dahin, d.h. anfangs Juni, ergibt, dass die Uruguay-Runde Ergebnisse gezeitigt hat, die eine Verlängerung als lohnend erweisen. Eine Verhandlung über Juni 1991 hinaus sei mithin wenig wahrscheinlich.

5. Entwicklungsländer

(Raymond Barre und Jean-Claude Trichet)

1. Die Nettoflüsse der Ressourcen vom Norden in den Süden haben in absoluten Ziffern während der achtziger Jahre abgenommen. Die öffentliche Hilfe wurde nicht abgebaut, wohl aber die Transfers kommerzieller Mittel, vor allem von Direktinvestitionen.
2. Hinsichtlich der Rohstoffe sei die bisherige Angehensweise mit weltweiten Abkommen zu dogmatisch gewesen. Mehr Flexibilität tue Not.
3. Die Verschuldungsfrage behalte nach wie vor ihre volle Bedeutung. Der Pariser Club habe hinsichtlich der Schulden-Konsolidierungen neue Wege und Methoden aufgezeigt.
4. Der Ersparnisüberhang in den Ländern des Nordens sollte vermehrt zu Einfuhren aus Ländern des Südens oder Investitionen in diesen Staaten führen. Die Welt sei viel stärker vernetzt als man das gemeinhin annehme.

5. Für Investoren aus den Industriestaaten sollte ein Verhaltenskodex aufgestellt werden, weil diese oft wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke den Drittstaaten unerfüllbare Bedingungen aufoktruierten.
6. In den Industriestaaten sei das Bild der Entwicklungsländer vielfach negativ, einerseits wegen der dort herrschenden Korruption und andererseits wegen der Ineffizienz ihrer Verwaltung und Wirtschaft.
7. Die Selbständigkeit der Entwicklungsländer sei durch ihre bessere Integration in den Welthandel zu erhöhen. Die südostasiatischen Staaten bildeten in dieser Hinsicht ein sehr gutes Beispiel.
8. Die Befassung mit der Zentral- und Osteuropa-Frage sollte zu keiner Verminderung der Entwicklungshilfeleistungen zugunsten des Südens führen.

6. Ausblick und Visionen für 1992

Im Hinblick auf Davos 1992 und Rio de Janeiro 1992 machten Sir Leon Brittan, Maurice Strong sowie Professor Bok, Präsident der Harvard University, einige interessante Ausführungen.

Globale Wettbewerbspolitik

Sir Leon räumt der Wettbewerbspolitik einen höheren Stellenwert ein als der Handelspolitik. Zollsenkungen im GATT oder Freihandel im europäischen Raum können wenig positive Auswirkungen zeitigen, wenn restriktive Geschäftspraktiken insbesondere kartellartige Absprachen weiterhin bestehen. Was not tue, sei eine internationale Wettbewerbspolitik, die sich auf die ambitionierten Gesetzgebungen in diesem Bereich einerseits der EG und andererseits der USA abstützen sollte. Für den Abschluss eines EWR-Vertrages müssten auch die EFTA-Staaten hier Konzessionen machen. Die Welthandelsgemeinschaft habe dieses Grundübel der wettbewerbsbehindernden Absprachen mit einem "futuristischen Blick" anzupacken.

Umweltfragen

Maurice Strong, Generalsekretär der UN-Konferenz "Umwelt und Entwicklung" von 1992 in Rio erklärte, dass in der heutigen Zeit Umweltfragen systemische Problemkomplexe geworden seien, die den Zuständigkeitsbereich der Umweltminister überstiegen. Deshalb sei Rio 1992 nicht eine Umweltministerkonferenz, sondern der erste "Weltgipfel". Umweltfragen werden künftig auf den Traktanden der Minister für Handel, Finanzen, Industrie und Inneres figurieren. Oekologische Probleme werden die Politiker von morgen beeinflussen. Eine anspruchsvolle Umweltpolitik ist mit einem hohen Lebensstandard vereinbar, wie die Beispiele Japan und Schweiz zeigten. Das Gegenteil - tiefe Qualität der Umwelt und Wirtschaftsmisstand - sei ebenfalls häufig, wie die Verhältnisse in Osteuropa und der UdSSR illustrierten.

- 7 -

Professor Bok gab folgende Gründe für die hohe Bedeutsamkeit der Umweltfragen an:

1. ihre ausgesprochene Aktualität;
2. die bedrohliche Lage in den Industrieländern und die noch viel misslichere Situation in den Entwicklungsländern;
3. Umweltfragen rufen nach mehr Kenntnissen als andere Themen, weshalb Forschung und Entwicklung sich ihrer in vermehrtem Masse anzunehmen hätten. Umweltprobleme seien in der heutigen Zeit das interdisziplinäre Thema "par excellence" geworden. Wissenschaft, Wirtschaft, Regierung, Gesetzgebung (multinational und national), regulatorische Verordnungen, Gesundheitswesen, Geschäftswelt und Erziehung, alle hätten sich mit Umweltfragen zu befassen. Schlussfolgerung: Es handelt sich um ein komplexes Problem, das der internationalen Zusammenarbeit dringend bedarf.

* * *

Von den Plenarveranstaltungen verdient insbesondere die Diskussion zwischen dem "fernsehzugeschalteten" Premierminister Oezal und Aussenminister de Michelis über die Fragen der Situation im Mittleren Osten nach dem Irak-Krieg festgehalten zu werden.

Oezal: Die nächste weltweite Konfrontation wird diejenige zwischen Christentum und Islam sein. Mit dem Golfkonflikt und dem Vormarsch des Fundamentalismus ist dies vorprogrammiert. Der exklusivste Klub des Christentums, die Europäische Gemeinschaft, könnte diese Eigenschaft verlieren, wenn sie möglichst bald die Türkei als Mitglied aufnehmen würde. Hinsichtlich der Regelungen nach dem Golfkrieg machte Oezal folgende Aussagen: Der Mittlere Osten benötigt eine der KSZE vergleichbare Institution. Das Hauptproblem liege darin, dass es in dieser Weltgegend keinerlei Demokratien gebe. Neben einem politischen demokratischen System müsse aber auch ein solches der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf die Beine gestellt werden. In diesem Zusammenhang sei die Türkei bereit, den Ländern des Mittleren Ostens mittels einer Pipeline seine riesigen Wasservorkommen zur Verfügung zu stellen. Die Türkei sei gerne bereit, eine internationale Konferenz über den Mittleren Osten in Ankara oder Istanbul durchzuführen. Auf ihrer Traktandenliste hätten neben Irak auch Palästina, Jordanien und Jemen zu figurieren. Oezal regte auch die Gründung eines Entwicklungsfonds für den Mittleren Osten an.

De Michelis als Gesprächspartner Oezals nahm diese Anregung dankbar auf, um seine bekannten Vorschläge an den Mann zu bringen: Schaffung einer EBRD für den Mittleren Osten, Zurverfügungstellung von 1 % des BSP durch alle Industriestaaten an die Entwicklungsländer, wovon ein Viertel für den Mittelmeerraum und den Mittleren Osten zu reservieren sei. Unmittelbar nach dem Ende des Golfkrieges hätte ein politischer Prozess einzusetzen, um das im Irak entstandene Vakuum zu füllen. Dabei werden Iran, Türkei und Israel - gestärkt aus dem Golfkonflikt hervorgehend - eine wichtige Rolle spielen, was deshalb verheerend sei, weil keines dieser Länder arabisch sei.



Beilage: Teilnehmerliste

Klaus Jacobi

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den 12. Februar 1991

DER STAATSSSEKRETÄR

250.1

Notiz an: Herr Bundespräsident F. Cotti, Vorsteher EDI
Herr Bundesrat R. Felber, Vorsteher EDA
Herr Bundesrat A. Koller, Vorsteher EJPD
Herr Bundesrat K. Villiger, Vorsteher EMD
Herr Bundesrat O. Stich, Vorsteher EFD
Herr Bundesrat J.-P. Delamuraz, Vorsteher EVD
Herr Bundesrat A. Ogi, Vorsteher EVED

WORLD ECONOMIC FORUM DAVOS 1991
Bericht über das "Informal Gathering of World Economic Leaders"

Im Anschluss an meine dreitägige Teilnahme am World Economic Forum in Davos gestatte ich mir, Ihnen als Beilage einen Bericht über die mir wichtig erscheinenden Aspekte aus der informellen Aussprache zuzustellen. Ein Bericht über die geführten bilateralen Gespräche bildet Gegenstand einer Notiz von Herrn Bundesrat Delamuraz zuhanden des Bundesrates und einer Orientierung in den "Informations hebdomadaires" vom 4. Februar 1991.



Klaus Jacobi

Beilage erwähnt

Kopie z.K. an:

EDA: SRU, SI, SIN, GRN, DY, KE, LA,
KJP, KT, SFR, MA

EVD, BAWI: Herrn Staatssekretär F. Blankart
Herrn Botschafter R. Jeker
Herrn Botschafter S. Arioli
Herrn Botschafter D. de Pury
Herrn Botschafter P.-L. Girard

EFD, Finanzverwaltung: Herrn Direktor U. Gygi

SNB, Zürich: Herrn Präsident M. Lusser
Herrn Generaldirektor J. Zwahlen
Bern: Herrn Vizepräsident H. Meyer

Alle diplomatischen Vertretungen im Ausland.

INFORMAL GATHERING OF WORLD ECONOMIC LEADERS
1991 Annual Meeting in Davos

Prince Sadruddin AGA KHAN	Chairman of the 1991 Annual Meeting	Belvedere
Abel G. AGANBEGYAN	Rector, Academy of National Economy, USSR Council of Ministers; Member of the USSR Academy of Sciences	Schweizerhof
Wayne D ANGELL	Member of the Board of Governors of the Federal Reserve System of the USA	Central
Emeka ANYAOKU	Commonwealth Secretary General	Sunstar Park
Jacques ATTALI	President Designate of the European Bank of Reconstruction and Development; Special Adviser to the President of France	Schweizerhof
Raymond BARRE	Former Prime Minister of France; Rapporteur of the 1991 Annual Meeting	Schweizerhof
Andres BIANCHI	Governor of the Central Bank of Chile	Schweizerhof
Jan Krzysztof BIELECKI	Prime Minister of Poland	Sunstar Park
Franz BLANKART	State Secretary for Foreign Economic Affairs of the Swiss Confederation	Poestli
Oleg F. BOGOMOLOV	Member of the Congress of People's Deputies of the USSR; Director of the Institute of International Economic and Political Studies	Schweizerhof
Kwesi BOTCHWEY	Secretary for Finance and Economic Planning of Ghana	Meierhof
Sir Leon BRITTAN	Vice-President of the Commission of the European Communities	Schweizerhof
Richard BURT	Head of the US Delegation on Nuclear Space Talks and Chief Negotiator for START	Central
John CHAN	Secretary for Trade and Industry of Hong Kong	Europe
Imelda CISNEROS	Minister of Economic Development of Venezuela	Schweizerhof
Jose CORDOBA	Chief of the Coordination Office of the Presidency of Mexico	Belvedere
Antonio Maria COSTA	Director General and Special Advisor to the President, Commission of the European Commission	Ochsen
Flavio COTTI	Federal Councillor; President of the Swiss Confederation	Poestli
Jean Pascal DELAMURAZ	Federal Councillor; Head of the Department of Public Economy of Switzerland	Poestli

Vladimir DLOUHY	Minister of Economy of Czechoslovakia	Sunstar Park
Janez DRNOVSEK	Member of the Presidency of Yugoslavia	Central
Arthur DUNKEL	Director-General of the GATT	Poestli
Uffe ELLEMANN-JENSEN	Minister of Foreign Affairs of Denmark	Waldhuus
Minoru ENDO	Ambassador for International Economic Affairs, Ministry of Foreign Affairs, Japan	Belvedere
Ibrahim ERIS	President of the National Bank of Brazil	Belvedere
Sir David FORD	Chief Secretary of Hong Kong	Europe
Jacob A. FRENKEL	Economic Counsellor and Director of Research, International Monetary Fund	Central
Davaadorjiin GANBOLD	First Deputy Prime Minister of Mongolia	Sunstar Park
Hans-Dietrich GENSCHER	Federal Minister for Foreign Affairs and Vice-Chancellor of Germany	Belvedere
Borislav GEREMEK	Member of the Parliament of Poland	Sunstar Park
HE GUANGHUI	Vice Minister of the State Commission for Restructuring the Economic System of China	Pardenn
Carle HILLS	United States Trade Representative	Poestli
Gerald HINTEREGGER	Executive Secretary of the UN Economic Commission for Europe	Central
Klaus JACOBI	State Secretary for Foreign Affairs of the Swiss Confederation	Poestli
Luis Fernando JARAMILLO	Vice President, Minister of Foreign Relations of Colombia	Waldhuus
Bela KADAR	Minister of International Economic Relations of Hungary	Sunstar Park
Aysuo KATSUMURA	Vice Minister for International Economic Affairs, EPA, Japan	Waldhuus
Vaclav KLAUS	Minister of Finance of Czechoslovakia	Sunstar Park
Leonid KRAVCHUK	President of the Republic of Ukraine	Sunstar Park
Ferdinand LACINA	Minister of Finance of Austria	Central
Peter LILLEY	Secretary of Trade and Industry of Great Britain	Schweizerhof
Dimitar Petrov LUDJEV	Vice Prime Minister of Bulgaria	Sunstar Park
Markus LUSSER	Chairman of the Governing Board of the Swiss National Bank	Poestli
Wilfried MARTENS	Prime Minister of Belgium	Schweizerhof
Emilia MASLAROVA	Minister of Labour and Social Assistance of Bulgaria	Sunstar Park
Richard T McCORMACK	Under-Secretary of State for Economic Affairs, USA	Meierhof
Christoffel Johannes van der MERWE	Minister for Education and Training of South Africa	Central
Gianni de MICHELIS	Minister of Foreign Affairs of Italy	Fluela
Fatos NANO	Secretary General of the Council of Ministers of Albania	Pardenn
NGUYEN Khanh	Vice Chairman of the Council of Ministers of Vietnam	Piz Buin

Mohsen NOORBAKHS	Minister of Economic Affairs and Finance of the Islamic Republic of Iran	Piz Buin
George PAPASTAMKOS	Alternate Foreign Minister of Greece	Central
Jean-Claude PAYE	Secretary-General of the Organisation for Economic Cooperation and Development	Central
Karl Otto POEHL	Chairman, Committee of Governors of the Central Banks of the Member States of the European Community	CentralBelvedere
Dimitre POPOV	Prime Minister of Bulgaria	Piz Buin
Ivan PUSHKAROV	Minister of Industry, Trade and Services of Bulgaria	Sunstar Park
David de PURY	Delegate of the Swiss Government for Trade Agreements, Federal Department for Public Economy	Poestli
Michel ROCARD	Prime Minister of France	
Miguel RODRIGUEZ	Minister of State of Venezuela	Schweizerhof
Petre ROMAN	Prime Minister of Romania	Sunstar Park
Yvonne C.M.T. van ROOY	Minister for Foreign Trade of the Netherlands	Central
Renato RUGGIERO	Minister of Foreign Trade of Italy	Meierhof
Arnold RUUTEL	President of the Estonian Republic	Sunstar Park
Nikolai P. SHMELYOV	Member of the Congress of People's Deputies of the USSR; Professor, Institute of USA and Canada Studies	Central
Amaret SILA-ON	Minister of Commerce of Thailand	Fluela
Anatoly SOBCHAK	Chairman of the Leningrad City Council of Peoples Deputies, USSR	Schweizerhof
Maurice STRONG	Secretary General of the United Nations Conference on Environment and Development	Waldhuus
Wilfried P. THALWITZ	Senior Vice-President of the World Bank	Central
Hans TIETMEYER	Member of the Governing Board of the Deutsche Bundesbank	Poestli
Pedro R. TINOCO	President of the Central Bank of Venezuela	Sunstar Park
Jean-Claude TRICHET	Director of the Treasury of France; President of the Club of Paris	Schweizerhof
Franjo TUDJMAN	President of Croatia, Yugoslavia	Piz Buin
Todor VALTCHEV	President of the Bulgarian National Bank	Sunstar Park
George Vasos VASSILIOU	President of the Republic of Cyprus	Schweizerhof
Umberto VATTANI	Diplomatic Adviser to the Prime Minister of Italy	Meierhof
Arkady VOLSKY	Member of the People's Deputies of the USSR; President of the League of the Scientific and Industrial Associations of the USSR	Sunstar Park
Matthias WISSMANN	Economic Spokesman of the CDU/CSU Parliamentary Group of Germany	Poestli